

Sicherheitspolitischer Kongreß

Im Bündnis für Freiheit, Frieden und Verständigung

Die Sorge um den außen- und sicherheitspolitischen Kurswechsel der SPD, seine Auswirkungen auf das westliche Bündnis und auf die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland bestimmten den sicherheitspolitischen Kongreß, zu dem die CDU am 14. Mai 1986 in das Bonner Konrad-Adenauer-Haus geladen hatte. Unter dem Leitwort „Im Bündnis für Freiheit, Frieden und Verständigung“ herrschte bei allen Diskussionsteilnehmern Einigkeit darüber, daß das Gewicht Europas im Bündnis nur gestärkt werden könne, wenn es seine Leistungen erhöht und die politische Gemeinsamkeit stärkt.

Generalsekretär Heiner Geißler, Verteidigungsminister Manfred Wörner und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Volker Rühle betonten in ihren Reden, daß sich die SPD durch Wertneutralität, Äquidistanz und emotionalen Anti-Amerikanismus selbst ins Abseits manövriere. Die Strategie der SPD, sich verbal zur NATO zu bekennen, deren Politik aber abzulehnen, mache diese Partei zum Sicherheitsrisiko, erklärte Wörner. Die Gründe dafür hatte Heiner Geißler in seiner Eröffnungsrede über die ethischen Grundlagen der NATO deutlich gemacht: Die SPD habe in weiten Teilen die Fähigkeit verloren, zu erkennen, „welche Werte wir verteidigen, wer diese Werte bedroht und wer unsere Freunde sind“.

Verteidigungsminister Wörner betonte in seiner Rede die Notwendigkeit eines großzügigen Angebots umfassender Kooperation gegenüber der Sowjetunion, einer einschneidenden Verminderung der konventionellen und atomaren Rüstung, der Suche nach einer wirksamen strategischen Defensive sowie der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Positiv bewertete Wörner die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows, insbesondere seinen in Ost-Berlin gemachten Vorschlag, zwischen Atlantik und Ural erhebliche Truppenreduzierungen vorzunehmen und für deren Überprüfbarkeit zu sorgen. Wörner fügte hinzu, die Seriosität dieses Vorschlags hänge davon ab, daß er am Verhandlungstisch wiederholt und hinreichend präzisiert werde.

Von Volker Rühle kam der Vorschlag, ein europäisch-amerikanisches Gremium zu schaffen, das sich mit Fragen des Nord-Süd-Verhältnisses befaßt und das zur Konsultation und Koordination bei Konflikten außerhalb des NATO-Territoriums genutzt werden soll. Nur wenn die Europäer mehr Verantwortung übernehmen, lasse sich in den USA die Vorstellung ausräumen, Europa konzentriere sich auf den wirtschaftlichen Nutzen einer europäischen Entspannungspolitik, während die USA die Kosten der Verteidigung westlicher Interessen zu tragen hätten.

Wir veröffentlichen Auszüge aus den drei Referaten.

Heiner Geißler, Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Ethische Grundlagen unserer Sicherheitspolitik

Wir erleben zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland den Versuch der politischen Linken, erneut eine Kampagne der Panik und der Verunsicherung zu beginnen, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Ob es das Vorgehen der Vereinigten Staaten gegen den internationalen Terrorismus in Libyen betrifft oder jetzt die Angstkampagne gegen die Kernenergie nach dem schweren Unfall in einem unsicheren sowjetischen Uralt-Kernkraftwerk. Beiden ist gemeinsam: Die Linke verbreitet Unsicherheit und schürt die Angst in der Bevölkerung.

Dies erinnert uns an das, was sich vor vier Jahren in der Bundesrepublik Deutschland abgespielt hat. Auch damals wurde der Versuch unternommen, durch die Produktion von Angst die Bundesrepublik Deutschland, die Bundesregierung dazu zu bringen, Beschlüsse der westlichen Allianz nicht mehr einzuhalten. Man hat dabei bewußt in Kauf genommen, daß das Abwenden, die Abkehr von dem NATO-Doppelbeschluß der Anfang vom Ende der westlichen Allianz gewesen wäre. Es wurden negative Utopien, kollektive Depressionen, Paniksenarien verbreitet. All diese Prophezeiungen sind ja nicht eingetroffen.

Damals hat sich im Grunde genommen genau dasselbe abgespielt wie heute. Es geht um eine Auseinandersetzung zwischen Rationalität und Emotionalität in der Politik.

Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur

Bei den Grünen und bei der SPD mehren sich die Stimmen, die für die Bundesrepublik Deutschland die Parole proklamieren: „Raus aus der NATO!“ Sie fordern einseitige Abrüstung und den Abbau der Bundeswehr. Im Godesberger Programm der SPD von 1959 war unstrittig: Nur die NATO-Mitgliedschaft und eine beiderseitige Abrüstung können den Frieden bewahren. Heute passen sich die Sozialdemokraten den Grünen an.

Worin ist dies begründet? Die Sozialdemokraten haben in weiten Teilen heute die Fähigkeit verloren zu erkennen, welche ethischen Voraussetzungen unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat. Sie reduzieren die Spannungen zwischen Ost und West auf ein quasi nationalstaatliches Konkurrenzverhältnis zwischen den Supermächten und verkennen, daß die wahren Ursachen für die Spannungen in der Welt nicht begründet sind in der Existenz von Waffen auf beiden Seiten oder der Unterschiedlichkeit wirtschaftlicher Interessen, sondern daß diese Spannungen zwischen Ost und West im wesentlichen begründet sind in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur. Dies ist der eigentliche Fehler im Denken der Sozialdemokratischen Partei, und deswegen hat die SPD die Fähigkeit verloren, dem deutschen Volk zu sagen, welche Werte wir verteidigen, wer diese Werte bedroht und wer unsere Freunde sind. Statt dessen betreiben viele Sozialdemokraten eine moralische Gleichsetzung der Demokratien, vor allem der Demokratie der Vereinigten Staaten, mit der totalitären Diktatur der Sowjetunion. Dies kommt in doppeldeutigen Begriffen wie Sicherheitspartnerschaft mit dem Osten oder der Bezeichnung der Sowjetunion durch Willy Brandt als „Verbündete im Kampf ums Überleben“ zum Ausdruck.

Die Christlich Demokratische Union ist heute die einzige große Partei, die einmütig für die Politik des westlichen Bündnisses zur Erhaltung unserer Sicherheit in Freiheit eintritt. Dies legt uns eine besondere Verantwortung auf, denn wir streiten und kämpfen dafür, daß nicht zum dritten Mal in diesem Jahrhundert Deutschland in eine tödliche Krise gerät, verursacht diesmal durch einen **linken nationalistischen Neutralismus**, der den gefährlichen alten Traum von einer Brücken- oder Mittlerfunktion Deutschlands und Europas zwischen Ost und West träumt. Angesichts des dramatischen außen- und sicherheitspolitischen Kurswechsels der Sozialdemokraten brauchen wir in der Bundesrepublik Deutschland eine **neue Aufklärung über die Ordnung unserer Werte und über die Rangfolge der politischen Ziele**, die wir gemeinsam im NATO-Bündnis verfolgen. Wir brauchen eine geistige und politische Offensive, die wieder klarmacht, welche Werte wir verteidigen, wer unsere Freunde sind und wer unsere Gegner sind. Wenn wir uns mit unserer Politik des Friedens und der Freiheit gegenüber dem Bürger verständlich machen wollen, dann kommt es entscheidend darauf an, daß wir diese Politik moralisch, ethisch, philosophisch begründen. Dies ist eine grundsätzlich bedeutsame Frage, vor allem in der Auseinandersetzung mit vielen jungen Menschen, die sich auch zum Christentum bekennen.

Menschenbild und Politik

Die gesamte politische Philosophie Europas, vom kritischen Humanismus des Aristoteles über die **christliche Naturrechtsphilosophie des Augustin und des Thomas von Aquin bis hin zu Montesquieu**, stellte das **Konzept des Menschen und seiner Wertorientierung vor Staat und Gesellschaft**. Mit dieser humanistischen und letztlich vom christlichen Menschenbild stark beeinflussen philosophischen Tradition, durch welche die Französische Revolution mit ihren Grundwerten der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, aber auch der Menschenrechtskatalog in

der amerikanischen Verfassung inspiriert wurden, mit dieser Tradition brach die **Philosophie Hegels**. Für Hegel verläuft die Geschichte auf ein Ziel zu: die vollkommene Verwirklichung des objektiven Geistes in der Gestalt des Staates. Dadurch werden Menschen zum bloßen Teil des Staates, personale Einzigartigkeit wird ihnen letztlich abgesprochen. Diese Philosophie Hegels prägte in Deutschland den Zeitgeist des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts und auch die Politik. Von diesem Denken Hegels spannt sich ein **Bogen deutschen Rechts- und Staatsdenkens bis zur Staatsphilosophie Carl Schmitts**, der keine dem Staat vorgegebenen Werte anerkannte und der damit der totalitären staatlichen Willkür, der nationalsozialistischen zumal, eine theoretische Rechtfertigung geliefert hatte.

Es spannt sich aber von Hegel noch ein anderer Bogen und der ist nach wie vor aktuell, ein **zweiter Bogen politischer Ideologie zu Karl Marx**. Bei ihm tritt an die Stelle des Obrigkeitsstaates das totale Gesellschaftssystem. Das parteiische Ziel des sozialistischen Weges in eine kommunistische Gesellschaft wird unter Berufung auf Hegels Lehre vom objektiven Geist als geschichtlich notwendig und zwangsläufig ausgegeben und, wir wissen es, am Ende auch brutal verwirklicht.

Bei uns in der Bundesrepublik Deutschland brachte erst das Grundgesetz nach der Katastrophe die Umkehr im politischen Denken. Verantwortung des Menschen vor Gott sowie die rechtlich zwingende Verankerung der Menschenwürde und der Grundrechte an der Spitze der Verfassung sind die eigentlich bahnbrechenden Neuerungen unseres Grundgesetzes. Und die Verteidigung dieser Verfassung, die Verwirklichung der in ihr enthaltenen unveräußerlichen Rechte des Individuums sind der philosophische Rahmen, aber auch die moralische Rechtfertigung und Begründung für die Existenz der Bundeswehr und deren Verankerung in der NATO.

Wir müssen hier die Auseinandersetzung auch in der geistigen, in der philosophischen Alternative klar erkennen. Marxismus und in der Folge davon Leninismus, Stalinismus, der real existierende Sozialismus in den kommunistischen Ländern instrumentalisieren den Menschen und seine Rechte in besonderer Weise. Man muß einmal die Schrift von Karl Marx nachlesen über die Judenfrage und was er zu den — ich zitiere — „sogenannten Menschenrechten“, zur Menschenwürde sagt und wie er sie verwirft. Liest man die Marxsche Kritik an den Menschenrechten als Programm, und so war sie gemeint, so kann man unschwer feststellen: Dieses Programm wurde in der Sowjetunion konsequent verwirklicht.

Auch insofern hat Ernst Bloch recht, wenn er an die Adresse der Neo-Marxisten sagt, die Sowjetunion sei nicht der Abfall vom Marxismus, sondern der Normalfall. Für Marxisten ist eben der Mensch, wie er geht und steht, so drückte sich Marx aus und so denken Marxisten bis heute, noch nicht der eigentliche, wirkliche, wahre Mensch. Mensch in vollem Sinne ist eigentlich nur derjenige, der das richtige gesellschaftliche Bewußtsein und den richtigen Klassenstandpunkt hat. Hier liegt — bei aller sonstigen Unterschiedlichkeit — eine fundamentale Gemeinsamkeit mit der Rassenideologie des Nationalsozialismus. Auch für die nationalsozialistische Ideologie war der Mensch, wie er geht und steht, eben noch

nicht der eigentliche Mensch, noch kein wirkliches menschliches Subjekt. Ob einer Mensch war, wurde davon abhängig gemacht, welcher Rasse er angehörte. Der Selbstbehauptung der Rasse bzw. des Volkes wurde der einzelne Mensch untergeordnet, so wie heute im real existierenden Sozialismus der Mensch der Klasse und deren Zielsetzung untergeordnet wird.

Beiden Ideologien, **Marxismus und Nationalsozialismus**, so unvergleichbar sie auch sonst sind, das will ich ausdrücklich hinzufügen, **ist in der Frage der Menschenwürde und in der Menschenrechtsfrage eines gemeinsam: Der Mensch wird instrumentalisiert, zum Objekt des staatlichen oder gesellschaftlichen Geschehens gemacht.** Nach der Konzeption dieser Ideologien lebt der Mensch in einer immanenten, von Menschen geschaffenen und damit auch von Menschen wieder veränderbaren Wertordnung. Nach dieser Auffassung fehlt dem Menschen eine ihm vorgegebene, von Staat und Gesellschaft oder einzelnen Machthabern unabhängige, nicht manipulierbare Wertordnung. In diesen Ideologien stehen seine Würde und seine Rechte je nach politischer Opportunität zur Disposition.

Verlust der Mitte

Es liegt also am Menschenbild, das der Politik zugrunde liegt, ob die Menschenwürde und die Menschenrechte unantastbar und die Menschenrechte unverletzlich sind und ob ein Gemeinwesen die Kraft aufbringt und die Mittel dafür bereitstellt, daß diese Menschenwürde und diese Menschenrechte auch gegenüber Angriffen von außen verteidigt werden können.

Entscheidend ist das **Verständnis vom Menschen**. Die Würde des Menschen, das ist unsere Position, gegenüber diesen totalitären Ideologien, die Würde des Menschen muß unabhängig bleiben von seinem Erfolg oder Mißerfolg und unberührt vom Urteil des anderen, weil der Mensch nicht vom Menschen letztendlich stammt. Abhängig ist er nur von Gott. Deswegen kann und muß der Mensch als eine einmalige und unverfügbare Person geachtet werden. Seine Freiheit beruht auf einer Wirklichkeit, die die menschliche Welt überschreitet. **Der Glaube an die Verantwortung des Menschen vor Gott ist eine entscheidende Bedingung für die Achtung der Menschenwürde. Deswegen halte ich es für wichtig, daß auch in der Politik wieder über Gott gesprochen wird.** Aber wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf: Ich halte es für genauso wichtig, daß in den Kirchen wieder mehr über Gott gesprochen wird.

Die geistige Verwirrung, die wir heute erleben — Menschen können auf der Welle der Angstmacherei reiten und zwar mit einigem Erfolg und damit Stimmen gewinnen — ist auch davon abhängig, daß die Menschen die Mitte verloren haben, alle Maßstäbe im historischen und internationalen Vergleich aufgegeben haben. Viel seelisches Leid, viel menschliches Leid könnte beseitigt oder vermindert werden, wenn von einigen unserer Kanzeln etwas weniger über vorletzte Dinge wie Kernkraft, Formaldehyd und Pershing II und dafür etwas mehr über die letzten Dinge, nämlich über das Leben, über Gott und das Leben nach dem Tode gesagt und gepredigt würde.

Frieden durch Menschenrechte

Im übrigen können die Menschenrechte und die Menschenwürde auch dadurch gefährdet werden, daß sie aktuellen politischen Zielsetzungen untergeordnet werden. **Egon Bahr hat den Frieden einen obersten Grundwert genannt. Ich nenne dies eine Ideologisierung des Friedens.** Wenn Egon Bahr recht hätte, dann müßte sich ja der Erreichung, der Erhaltung und der Durchsetzung dieses Wertes alles andere unterordnen. Eine makabere Vision, wenn man sich vorstellt, der Nationalsozialismus hätte mit dieser Begründung sein verbrecherisches Regime ohne Gegenwehr auf der ganzen Welt ausbreiten können. In Wirklichkeit ist der Frieden zwar mehr als Schweigen der Waffen, aber eben auch kein Grundwert, geschweige denn ein oberster, sondern Frieden ist ein politischer Zustand, der dann erreicht wird, wenn die Waffen schweigen, aber gleichzeitig die Grundwerte, die Grundrechte und die Menschenrechte verwirklicht sind. **Opus iustitiae pax, Gerechtigkeit schafft Frieden; dort, wo Menschenrechte mißachtet werden, ist möglicherweise Friedhofsruhe, aber kein Frieden.**

Die Demokratie kann auch zugrundegehen aus Faulheit, Bequemlichkeit und Feigheit der Demokraten. Durch das fast hündische Kriechen bestimmter Teile der sogenannten deutschen Intelligenz und mancher Moralapostel vor der totalitären Drohkulisse des Kommunismus ist in der Bundesrepublik Deutschland ein geistiger Prozeß in Gang gesetzt worden, an dessen Ende heute schon viele nicht mehr wissen oder wissen wollen, von welcher Seite aus die Mauer gebaut worden ist.

Es ist schon immer ein **Kennzeichen sowjetischer Außenpolitik** gewesen, daß der Versuch unternommen wurde — Lenin hat es schon proklamiert — **die Innenpolitik anderer Länder in den Dienst der sowjetischen Außenpolitik zu stellen.** Man kann der Sowjetunion nicht vorwerfen, daß sie diesem Leninschen Grundsatz anhängt und ihn vollziehen will. Aber wir müssen es vielen Sozialdemokraten, den Grünen, den Alternativen und der sogenannten Friedensbewegung vorwerfen, daß sie sich so leichtfertig von der sowjetischen Außenpolitik instrumentalisieren lassen.

Frieden herrscht nur dann im Zusammenleben der Menschen, wenn Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit garantiert sind. Wo diese Werte mißachtet werden, ist der Frieden bedroht und unsicher. Lew Kopelew hat am 30. Juli 1985 völlig zu Recht gesagt, und er wußte, wovon er redete: „Wer glaubt, daß man für den Frieden eintreten, die Menschenrechte aber ignorieren kann, der schadet beiden. Kein Friede ohne Menschenrechte und keine Menschenrechte ohne gesicherten Frieden.“ Wir warten in Deutschland bis heute nicht auf Godot, aber auf das intellektuelle Wunder, das in Frankreich linke Intellektuelle wie Glucksmann, Levi-Strauss, Revel und andere bewirkt haben, die erkannt haben, daß es in den westlichen Demokratien eine Wertordnung gibt, die es zu verteidigen gilt.

Ein Staat, der seinen Bürgern die Freiheit nimmt, ihnen fundamentale Menschenrechte verweigert, ein Staat, in dem es keine Kontrolle der Staatsgewalt durch das Volk gibt, ist eine zumindest potentielle Bedrohung für seine Nachbarn.

Die Ursachen der Spannungen dieser Welt, ich habe es schon gesagt, sind eben in dieser Situation begründet. Autoritäre und totalitäre Staaten, die ihre Bürger zu Untertanen deklassieren und ihnen die Menschenrechte verweigern, werden sich immer allein durch die Existenz von freiheitlichen und demokratischen Staatswesen bedroht fühlen.

Nur Diktaturen gefährden den Frieden

Wir alle wissen, daß die NATO einen Angriffskrieg nicht führen kann und nicht führen will. Weder von ihrer Logistik her, noch von ihrer Bewaffnung her, noch von ihrer Stärke her, aber vor allem nicht von ihrer Moral und von ihren Verträgen her. Ihr Verfassungsverständnis verbietet es freiheitlichen Demokratien, einen Angriffskrieg führen.

Da von der NATO keine militärische Bedrohung ausgeht, ist auch das Gerede der SPD von der Notwendigkeit einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit der NATO blanker Unsinn. Diese Forderung ist eine Verhöhnung der Friedfertigkeit der Demokratien.

Eine der entscheidenden Erfahrungen unseres Jahrhunderts ist es, daß der Friede stets von diktatorischen Staaten zerstört worden ist. Von freiheitlichen Demokratien geht keine Gefahr für den Frieden aus. Die Sowjetunion, die sowjetische Führung weiß dies. Die russische Bevölkerung weiß es möglicherweise nicht, weil sie über die wirklichen Verhältnisse ja nicht informiert wird. Aber die sowjetische Führung weiß dies genau. Und deswegen fürchtet sie sich ja auch nicht vor der NATO und der Bundeswehr. Sie fürchtet sich vor etwas ganz anderem: Sie fürchtet sich vor der Existenz freiheitlicher Staaten und Gesellschaftsordnungen am Rande ihres Imperiums. **Die sowjetische Führung fürchtet sich, wenn Sie so wollen, vor der ansteckenden Kraft der Freiheit.** Deswegen will sie militärische Übermacht in Europa, um politische Übermacht erreichen zu können und damit diese Staaten und Gesellschaftsordnungen am Rande ihres Imperiums zu neutralisieren.

Das moralische Paradoxon der atomaren Abschreckung

In diesem Zusammenhang muß auch SDI gesehen werden. Wir hatten 1983 eine ausführliche Diskussion über die moralische Begründung der atomaren Abschreckungsstrategie. Die sogenannte Friedensbewegung und die Sozialdemokraten haben ja behauptet: Da der Einsatz atomarer Waffen unsittlich sei, sei es auch unsittlich, atomare Waffen zu besitzen und mit ihnen zu drohen. Ein moralischer Standpunkt, den man vertreten kann, zumindest gesinnungsethisch vertreten kann. Wir haben gesagt: Der Besitz von atomaren Waffen und auch das Drohen mit dem Einsatz atomarer Waffen ist moralisch gerechtfertigt, wenn dies mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die einzige Möglichkeit ist, den Einsatz atomarer Waffen zu verhindern und unmöglich zu machen — eine verantwortungsethische, moralisch begründete Position. Beide moralischen Positionen sind möglich.

Dies ist ein sogenanntes moralisches Paradoxon. Ein moralisches Paradoxon, eine Konfliktlage der Menschen, wie wir sie in anderen Bereichen auch haben und auf die es keine eindeutige moralische Antwort gibt. Wir hatten damals gesagt, wir können mit diesem moralischen Paradoxon, mit diesem Status-Quo leben, wenn wir alles tun, um diesen Status-Quo zu überwinden. Und deswegen hatte die Christlich Demokratische Union formuliert: **Die wichtigste außenpolitische Aufgabe ist die beiderseitige Abrüstung.** Was hat SDI damit zu tun? Der amerikanische Präsident und die amerikanische Regierung haben einen Vorschlag gemacht mit der Aufforderung, laßt uns forschen, ob es möglich ist, mit nichtatomaren Waffen den Einsatz von atomaren Waffen auf Dauer sinnlos und unmöglich zu machen. Wir wissen nicht, ob es gelingen wird, technologisch und wissenschaftlich, aber ich halte es unter dem Gesichtspunkt der moralischen Diskussion, die wir damals geführt haben, für unmoralisch, einen solchen Forschungsansatz von vornherein politisch abzulehnen. Und ich bedaure nur das eine: Daß in der Diskussion der vergangenen Monate gerade wir in der Bundesrepublik Deutschland zu wenig die moralische Dimension unterstrichen und uns dafür zu sehr in technologischen und merkantilen Überlegungen verloren haben.

Wir Deutsche tragen eine ganz besondere Verantwortung für die ethische und moralische Begründung unserer Sicherheitspolitik. Wir wissen, wohin Gewalt und Terror und wohin das Schweigen über Diktatur und Unmenschlichkeit führen können. Richard von Weizsäcker hat einmal gesagt: Die Weimarer Republik ist nicht daran gescheitert, daß es dort zu viele Kommunisten und zu viele Nazis gab, sondern daß es zu wenig engagierte Demokraten gegeben hat. Heute leben die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland im freiheitlichsten und friedlichsten Staat, den es in Deutschland je gegeben hat. Gerade dies verpflichtet uns einzutreten für die Verteidigung unserer Freiheit und unserer Menschenrechte. Diese moralische Begründung muß die Grundlage unserer Sicherheitspolitik sein.

Manfred Wörner, Bundesminister der Verteidigung

Unsere Sicherheitspolitik für die neunziger Jahre

Es gibt kaum ein Gebiet, auf dem die Wende sichtbarer und die Leistungen der Bundesregierung eindeutiger wären als in der Sicherheitspolitik. Unsere Politik hat den Frieden sicherer gemacht. Sie hat die Verteidigung gekräftigt. Und sie hat die Aussichten auf Verständigung mit dem Osten verbessert.

Es gibt auch kaum ein Gebiet, auf dem das Versagen der Opposition, ihre Uneinigkeit und Unglaubwürdigkeit offenkundiger sind. Und es ist leider so — ich sage das mit Bedauern — daß die SPD sich weitgehend aus der sicherheitspolitischen Verantwortung ausgeklinkt und abgemeldet hat. Das macht die Sicherheits- und Verteidigungspolitik in unserem Land nicht einfacher. Es gibt aber auch kein Gebiet, auf dem die Herausforderungen für das nächste Jahrzehnt größer wären. Das macht deutlich, welche Verantwortung auf uns von der

Christlich Demokratischen Union ruht. Wir sind die einzige große politische Kraft, auf die der Bürger sich in Sicherheitsfragen verlassen kann.

Wir haben den Doppelbeschluß durchgesetzt, wir haben das Bündnis gestärkt, und wir haben das Vertrauen unserer atlantischen wie unserer europäischen Partner in die Zuverlässigkeit und Stärke unserer Politik zurückgewonnen. Und, was noch wichtiger ist, wir haben die schwierige Friedensdiskussion bestanden. Im November 1983 haben 500 000 Menschen hier in Bonn auf der Straße gegen den Doppelbeschluß protestiert und demonstriert. Zwei Jahre später, als wir das 30jährige Bestehen der Bundeswehr feierlich begingen, hat die Protestbewegung Aktionen gegen den großen Zapfenstreich auf der Hardthöhe angekündigt. Man sprach von 5 000 Demonstranten, die man mobilisieren wollte. Erschienen sind dann 150. Ich denke, das macht deutlich, daß sich mehr geändert hat als die äußeren Rahmenbedingungen der Politik. Es macht deutlich, daß sich auch in der Stimmung und in der Einstellung unseres Volkes etwas Bedeutsames geändert hat. Nicht die lautstarken Protestierer, nicht die Minderheitengruppen, die unsere Kasernen blockieren, sind es, die die Stimmung unseres Volkes letztlich ausmachen. Die überwältigende Mehrheit unserer Bevölkerung steht klar und eindeutig zur Bundeswehr und zur NATO. Daran gibt es keinen Zweifel.

Unsere Bundeswehr gehört in die Öffentlichkeit

Wir können es auch als einen Erfolg unserer Politik werten, daß unsere Soldaten Selbstbewußtsein und Selbstsicherheit zurückgewonnen haben. Mich hat mancher gefragt, als ich die Entscheidung getroffen hatte, warum diese spektakulären Feiern zum 30jährigen Bestehen der Bundeswehr? Manche haben vom Militärspektakel geredet, als ich eine Truppenparade durchführen ließ. Manche haben auch angezweifelt, ob es sinnvoll sei, einen großen Zapfenstreich auf der Hardthöhe abzuhalten. Ich habe diese Entscheidung sehr bewußt getroffen, aus der ganz einfachen Überlegung heraus, daß in einer Demokratie derjenige nichts gilt, der sich versteckt. Unsere Bundeswehr hat nichts zu verstecken und hat sich nicht zu verstecken. Unsere Bundeswehr gehört in die Öffentlichkeit. Sie gehört unter unsere Mitbürger. Und sie kann mit Stolz und Selbstbewußtsein in unserer Gesellschaft auftreten, die ihr Frieden, Freiheit und Sicherheit verdankt. Das ist der Grund, warum sich unter unserer Verantwortung die Zahl der feierlichen Gelöbnisse in der Öffentlichkeit verdreifacht hat. Wenn Sie einmal dabei waren und die Reaktion der Bevölkerung und auch der jungen Soldaten auf diese feierlichen Gelöbnisse erlebt haben, dann wissen Sie, warum wir den Protesten lautstarker Minderheiten nicht nachgegeben haben und auch nicht nachgeben werden. Wir werden auch in Zukunft feierliche Gelöbnisse öffentlich durchführen. Da stehen junge Leute, die aus unserem Volk kommen, die für dieses Volk ihren Dienst leisten und die das vor ihrem Volk, mitten unter den Bürgern, auch bekennen dürfen.

Heute kann kein Soldat mehr sagen, daß er von der politischen Führung im Stich gelassen werde, wenn er angegriffen wird. Wir haben uns bei allen Angriffen vor

unsere Soldaten gestellt. **Und wir werden auch nicht zulassen, daß diese Soldaten ausgegrenzt werden, auch nicht aus unseren Kirchen.** Der Dienst des Soldaten ist ein Dienst am Frieden. Dieser Dienst ist auch und gerade im nuklearen Zeitalter moralisch gerechtfertigt.

Doppelzüngigkeit der SPD gegenüber Soldaten und Bundeswehr

Wir werden auch nicht hinnehmen, daß die SPD einerseits bei Soldatentagungen oder feierlichen Empfängen, die sie ja in Unzahl hier in Bonn veranstaltet, wohlfeile Bekenntnisse zur Bundeswehr ablegt, andererseits aber toleriert, daß ihre Mitglieder Kasernen blockieren, gegen öffentliche Gelöbnisse massiv zu Felde ziehen. In vielen Städten habe ich es erlebt, daß Gegenkundgebungen, Gegendemonstrationen angeführt wurden von Mitgliedern der SPD, und nicht nur von Jungsozialisten. Wir können es auch nicht hinnehmen, daß ein Mann wie Lafontaine unwidersprochen und von seiner Parteiführung ungerügt die moralische Pflicht zur Wehrdienstverweigerung proklamiert. Mit dieser Doppelzüngigkeit muß Schluß gemacht werden. **Die Herren Rau und Vogel müssen sich schon entscheiden, ob sie auf der Seite derer stehen, die in Uniform ihren Dienst für die Freiheit leisten, oder auf der Seite derer, die diesen Dienst diffamieren.** Sie können nicht fortlaufend nach beiden Seiten taktieren.

Keine Regierung und kein Bundeskanzler seit Adenauer haben so viel Mut und Durchsetzungsvermögen in Fragen der Sicherheit und Verteidigung bewiesen wie Helmut Kohl und seine Regierung, und dafür verdient er Dank und Anerkennung. Es gibt aber keinen Grund, die Hände in den Schoß zu legen, denn vor uns liegen große Herausforderungen.

Die erste Herausforderung: Neugestaltung der politischen Ost-West-Beziehungen

Die erste und wichtigste Aufgabe ist die Neugestaltung der politischen Ost-West-Beziehungen. Unser Ziel ist eine stabilere Friedensordnung, eine Ordnung der Beziehungen zwischen den beiden Supermächten und den Blöcken, in der die Rivalität dieser beiden Supermächte durch feste und verbindliche Grundsätze der Zurückhaltung und der friedlichen Konfliktschlichtung eingegrenzt und auf friedlichen Wettbewerb festgelegt wird. Darum ist der Dialog so wichtig, nicht nur zwischen den beiden Supermächten, sondern auch der Dialog, den die Bundesrepublik Deutschland mit den Staaten des Westens und den Staaten des Ostens führt. **Dieser Dialog darf sich nicht nur auf Fragen von Rüstung und Abrüstung beschränken, er muß vielmehr das gesamte Feld der politischen Beziehungen umfassen und darf auch die Menschenrechte nicht ausklammern. Er darf auch nicht in einer Verfestigung der bestehenden Machtstrukturen bestehen, sondern muß Raum für friedliche Veränderungen lassen.**

Wer wirklich Entspannung will, darf sich nicht scheuen, die wirklichen Spannungsursachen zu nennen. Es sind nicht die Soldaten, es sind nicht die

Waffen, es ist nicht der anonyme Rüstungswettlauf, die die Ursache der Spannungen bilden, an denen unser Volk, Europa, ja die ganze Welt leidet.

Die eigentliche Ursache der Spannungen ist vor allem die expansive Politik und die offensive Militärdoktrin der Sowjetunion, die uns bedroht. Die Sowjetunion unterhält in Osteuropa weit mehr Truppen, als zu ihrer eigenen Sicherheit und der ihres Machtbereichs erforderlich ist. Sie hat die Angriffsfähigkeit dieser Truppen in den letzten Jahren konsequent verstärkt. Unsere Politik und unsere Strategie sind dagegen defensiv. **Unsere Truppen reichen knapp zur Verteidigung, niemals aber zu einem Angriff aus. Deshalb ist es völliger Unsinn, wenn die SPD die „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ fordert. Wir haben diese „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ bereits.**

Wir erstreben Gleichgewicht und nicht Überlegenheit. Das Maß unserer Rüstung wird ausschließlich vom Maß der sowjetischen Rüstung bestimmt. Wir sind es nicht, die an der Rüstungsschraube drehen.

Das Ziel der sowjetischen Politik ist eine europäische Sicherheitsstruktur, die ihre politische Dominanz über Westeuropa festschreiben würde: die Durchkreuzung der NATO-Strategie, die Beseitigung zumindest der nuklearen Präsenz der Amerikaner in Europa, die damit gegebene fortschreitende Selbstaflösung der Atlantischen Allianz, die Erhaltung der militärisch-strategischen Vorteile der Sowjetunion in Europa, der Ausbau ihrer konventionellen Offensivfähigkeit, die Festschreibung dieses Zustandes in Rüstungskontrollvereinbarungen mit dem Westen, die daraus resultierende permanente Legitimierung sowjetischer Präsenz in Osteuropa, und als Summe dieser Entwicklung das Entstehen einer politischen Struktur in Europa, die der Sowjetunion uneingeschränkte politische Kontrolle ohne Krieg auch in Westeuropa ermöglicht.

Diese Politik der Sowjetunion ist mit wirklicher Entspannung nicht vereinbar. Die Entspannungspolitik der siebziger Jahre hat weder die sowjetische Aufrüstung gebremst, noch ihre Politik der Machtausbreitung gehindert. Wer von einer neuen Phase der Entspannungspolitik spricht, muß wissen, daß sie nur dann möglich wird, wenn die sowjetische Führung zu einer substantiellen Kursänderung willens und fähig ist. Eine solche Kursänderung aber wird es nur dann geben, wenn die sowjetische Führung erkennt, daß ihr ein Überschuß an militärischer Macht gegenüber dem Westen keinen politischen Vorteil verschafft, daß er sie aber sehr viel — zu viel — kostet, daß die Zusammenarbeit mit dem Westen für sie selbst — vorteilhafter ist als die Fortsetzung der Konfrontation.

Und daraus ergibt sich die Schlußfolgerung für unsere eigene Politik, für die Sicherheitspolitik jetzt und in den neunziger Jahren. Diese Politik muß so beschaffen sein, daß sie der sowjetischen Führung zu einer solchen Erkenntnis verhilft. Das heißt, sie muß einerseits den Weg in den Gebrauch militärischer Macht versperren und andererseits Anreiz zu kooperativem Verhalten bieten.

Wenn es heute Chancen für eine Neugestaltung der Beziehungen und auch für Rüstungskontrollverhandlungen gibt, dann nicht deswegen, weil der Westen schwach und uneinig gewesen wäre, sondern weil der Westen stark und

geschlossen war, weil das Bündnis nachgewiesen hat, daß es seine eigenen Sicherheitsinteressen durchzusetzen weiß. **Nicht Schwäche zahlt sich aus, sondern Geschlossenheit und Stärke bei ausgestreckter Hand.**

Die zweite Herausforderung: einschneidende Verminderung der Rüstung

Die zweite große Herausforderung für die neunziger Jahre ist eine einschneidende **Verminderung der Rüstung und zwar auf konventionellem wie auf nuklearem Gebiet.** Dabei haben wir ein dreifaches Interesse: Zum ersten eine **Verbesserung der Stabilität im militärischen Bereich.**

Zweitens: **Reduzierungen im nuklearen Bereich, die aber ein stabiles Kräfteverhältnis im konventionellen Bereich erfordern.** Die Verminderung nuklearer Waffen muß also ihre Entsprechung in der Vereinbarung eines konventionellen Gleichgewichts finden.

Drittens: **Rüstungskontrollvereinbarungen bedürfen einer wirksamen Kontrolle.** Ohne ausreichende Verifikation, ohne ausreichende Kontrolle entsteht kein Vertrauen.

Die NATO steht jetzt und in den neunziger Jahren vor einer zweifachen Aufgabe: Erstens muß sie ihre Konzeption der konventionellen Rüstungskontrolle mit den Verteidigungserfordernissen in Einklang bringen. Zweitens gilt es, eine Konzeption der konventionellen Rüstungskontrolle zu entwickeln, die auf die zunehmende langfristige Perspektive nuklearer Rüstungsbegrenzung abgestimmt ist. **Von besonderem Interesse ist für uns einerseits die Null-Lösung bei den Mittelstreckenwaffen als ein erster bedeutsamer Schritt im nuklearen Bereich, und andererseits die Vereinbarung wirksamer Schritte auf dem Wege zum konventionellen Gleichgewicht.**

Ein umfassendes konventionelles Gleichgewicht in Europa läßt sich in den Grenzen des Reduzierungsraumes der MBFR-Verhandlungen nicht erreichen. Daher ist der Vorschlag Gorbatschows interessant, den Raum für Verminderung der konventionellen Kräfte vom Ural bis zum Atlantik zu bemessen. Dies wird besonders dringlich dann, wenn es zur Verwirklichung der Null-Lösung bei Mittelstreckenwaffen kommen sollte. Damit wäre zwangsläufig nicht eine Beseitigung, wohl aber eine Erschwerung der Eskalationsfähigkeit für uns verbunden. Daher könnte es sinnvoll sein, eine Ausdehnung des Reduzierungsraumes und des Teilnehmerkreises für Folgeverhandlungen in Betracht zu ziehen. Allerdings darf das nicht dazu führen, daß man laufende Verhandlungen aufgibt, um an anderer Stelle wieder ganz von vorne zu beginnen. Das ist möglicherweise das Ziel der Gorbatschow-Vorschläge. Noch immer ist der Spatz in der Hand besser als die Taube auf dem Dach. Jetzt, an den Verhandlungstischen in Stockholm, in Wien, in Genf muß sich erweisen, was Gorbatschow wirklich anzubieten hat. Dort muß getestet und gefragt werden, ob er wirklich zu Verdachtskontrollen bereit ist oder nicht.

Die dritte Herausforderung: Weiterentwicklung unserer Strategie der Kriegsverhinderung

Die dritte große Aufgabe für die neunziger Jahre ist die Weiterentwicklung unserer Strategie der Kriegsverhinderung. Eines scheint mir sicher: **Wir werden auch in den neunziger Jahren auf die Strategie der flexiblen Antwort, und das heißt auch auf Nuklearwaffen, nicht verzichten können.** Zwei Entwicklungslinien werden das strategische Denken und das Geschehen in den neunziger Jahren bestimmen. Erstens: Die zunehmende Bedeutung konventioneller Kräfte — in der vollen Tragweite ist dies im Westen noch nicht erkannt. Zweitens: Die Suche nach einer wirksamen strategischen Defensive.

Sollte sich herausstellen, daß strategische Defensive machbar und finanzierbar ist, dann wird sie kommen. Sie wird in der Sowjetunion kommen — und niemand im Westen wird die Sowjets daran hindern können, so weiterzumachen, wie sie es schon vor einem Jahrzehnt begonnen haben. Die Sowjets haben niemals an die Theorie der wechselseitigen Verwundbarkeit geglaubt, geschweige denn ihre Politik darauf verläßlich und auf Dauer eingerichtet. Zum anderen: Wann in der Menschheitsgeschichte hat man auf Verteidigung gegen Angriffswaffen verzichtet, wenn Verteidigungswaffen verfügbar waren?

Wir werden also irgendwann mit irgendeiner Form strategischer Defensive zu rechnen haben. Wenn das aber so ist, dann gibt es ein klares doppeltes Interesse der Europäer und insbesondere der Deutschen. **Unser erstes Interesse ist, daß wir mitsprechen und mitbestimmen können.** Wir dürfen nicht draußen vor der Tür stehen bleiben, sondern wir müssen im Bündnis mitbestimmen und mitsprechen, um unsere Interessen zu wahren. **Unser zweites Interesse ist, daß Europa in den Schutz der strategischen Defensive miteinbezogen wird.** Dies sind, völlig unabhängig von technologischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, die bestimmenden politischen und strategischen Überlegungen, die uns veranlaßt haben, das Abkommen mit den Amerikanern über SDI abzuschließen.

Die andere Entwicklungslinie ist die wachsende Bedeutung konventioneller Waffen. Der Warschauer Pakt hat das erkannt, bei uns aber ist es noch nicht klar genug. Die Sowjets, die den Atomkrieg genau wie wir fürchten, schauen wieder nach konventionellen Optionen aus. Gorbatschow hat das gesagt, aber wie so oft wird es bei uns nicht zur Kenntnis genommen. Die Sowjets suchen unsere Strategie, die ja auf einer Verbindung der konventionellen und nuklearen Elemente beruht, zu durchkreuzen, zu unterlaufen, und zwar auf dem konventionellen Feld. Das führt zunehmend an einen Punkt, an dem die NATO mit der Warschauer-Pakt-Option eines konventionellen Angriffs mit kurzer Vorbereitungszeit rechnen muß. Dies wäre dann eine Option, die uns in die Unterlegenheit führt, wenn wir sie nicht wiederum durchkreuzen und ihr begegnen können. Das aber bedeutet, daß konventionelle Verteidigung einen höheren Stellenwert erhält. Damit wird sich die Bedeutung der Bundeswehr im nächsten Jahrzehnt noch verstärken. Die Bundeswehr ist die stärkste konventionelle Armee in Westeuropa. Wir müssen uns darauf einstellen, daß man noch sorgfältiger als bisher darauf achten wird, was

diese Bundeswehr leisten kann. Das ist einer der Gründe, aus denen diese Bundesregierung große Anstrengungen unternommen hat, ohne Rücksicht auf Popularität, um die Bundeswehr auch für das nächste Jahrzehnt einsatzfähig und präsent zu halten, ihre Stärke nicht zu reduzieren. **Wir müssen konsequent alle Möglichkeiten moderner Technologien nutzen, um unsere konventionellen Fähigkeiten zu verstärken.** Dazu gehören zwei Initiativen: einerseits FOFA (Follow-on-Forces-Attack), und zum zweiten das, was ich in jüngster Zeit immer wieder fordere und was im Bündnis zunehmend Zustimmung findet: die Erweiterung der Luftverteidigung, eine konventionelle Initiative.

Unsere Chance, die neunziger Jahre zu bestehen, hängt von drei Voraussetzungen ab: Erstens, daß das Bündnis geschlossen und handlungsfähig bleibt. Zweitens, daß unser Verteidigungssystem intakt bleibt und die Bundeswehr ihre Aufgaben auch im kommenden Jahrzehnt erfüllen kann. Drittens, daß es uns gelingt, ein geistiges Klima in unserer Bevölkerung aufrechtzuerhalten, das die Bereitschaft zur Versöhnung und zum Frieden mit Freiheitswillen und Entschlossenheit zur Verteidigung verbindet.

Für diese Bundesregierung steht das Bündnis nicht zur Disposition, auch nicht die militärische Integration.

Die SPD ist ein Sicherheitsrisiko

Alle Beteuerungen der Treue zur NATO durch die SPD-Spitze, auch durch den Herrn Rau, sind dagegen wenig glaubwürdig.

Was die SPD in ihrem Leitantrag vorschlägt, verträgt sich nicht mit der Politik der Allianz. Wer die Stationierung der Mittelstreckenwaffen, und zwar einseitig, rückgängig machen und sich mit einem Monopol der anderen Seite abfinden will, wer nuklear- und chemiewaffenfreie Zonen einführen will, wer seine Verteidigungsleistungen nicht mehr nach der Bedrohung ausrichtet, der isoliert sich im Bündnis und ruiniert die Allianz.

Und was nützt das schönste Bekenntnis zur Allianz, wenn man deren Politik ablehnt. Das allein schon stempelt diese Partei zum Sicherheitsrisiko. Wer sie wählt, muß wissen, daß er unsere Sicherheit in Frage stellt.

Was sich in der SPD, und nicht nur in der SPD, als Forderung nach einer Europäisierung der Sicherheitspolitik präsentiert, das ist nichts anderes als der alte Nationalismus, und diesmal in europäischem Gewand. Dagegen steht doch einfach eine Tatsache: Europa bleibt in seiner Sicherheit auch in den neunziger Jahren von der Allianz mit den Nordamerikanern, den Vereinigten Staaten und Kanada, abhängig. Wenn die amerikanischen Truppen Europa verließen, wer wollte sie denn hier ersetzen? Wer das Gewicht Europas im Bündnis stärken will, und das wollen wir, der muß seine Leistungen erhöhen und die Einigkeit verbessern. Anti-Amerikanismus ist das denkbar schlechteste Vehikel für die europäische Einigung. Er endet auf der anderen Seite des Atlantiks in Unilateralismus oder in Bilateralismus der Supermächte — und dann ade Europa.

Aus der Friedensdiskussion die Freiheit nicht ausklammern

Eine letzte Bemerkung gilt der wichtigsten Aufgabe für die neunziger Jahre, nämlich den Freiheitswillen und die Verteidigungsbereitschaft unserer Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Hier, im Bewußtsein unserer Menschen, wird die entscheidende Schlacht um die Freiheit geschlagen. Schließlich gilt es, die Überzeugung wachzuhalten, daß Verteidigung nicht ohne Opfer zu haben ist. Dafür stehen wir, und das sagen wir auch. Hier hat unsere Partei, die Union, eine gewaltige Aufgabe. Von uns hängt es leider fast nur allein ab, ob dieser Freiheitswille, ob die Opferbereitschaft in unserem Volk überlebt. Und davon hängt es ab, ob der Friede bis zum Ende dieses Jahrhunderts und darüber hinaus erhalten werden kann.

Volker Rühle, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Sicherheitspartnerschaft gibt es nur im Bündnis

Grundlage der europäisch-amerikanischen Sicherheitsgemeinschaft ist und bleibt die gemeinsame demokratische Werte- und Gesellschaftsordnung, die uns deutlich vom totalitären System des Ostens unterscheidet. Nur eine vollständige Entpolitisierung der Ost-West-Verhältnisse und die Verharmlosung der Ursachen für die Spaltung Europas, kann zu einer politisch und moralischen Gleichsetzung von West und Ost, von Amerikanern und Sowjets führen, wie sie sich hinter der von den deutschen Sozialdemokraten geprägten Formel von der Sicherheitspartnerschaft mit dem Osten verbirgt. Durch derartige Begriffe wird nur vernebelt warum und mit wem, vor wem Sicherheit geschaffen werden muß. Wohin solche unklaren Begriffe selbst ihre eigenen Väter führen kann, hat beispielsweise Egon Bahr kürzlich zum Ausdruck gebracht, als er erklärte „Ich hatte vor einigen Jahren mehr Sorge vor der Sowjetunion. Ich habe heute mehr Sorge vor den Amerikanern“.

Wenn SPD-Politiker heute mehr Sorge vor unserem wichtigsten Verbündeten haben als vor denen deren militärische Aufrüstung das westliche Bündnis notwendig macht, dann stimmt die grundsätzliche Orientierung der SPD-Außen- und Sicherheitspolitik nicht mehr. Und wer sagt, die Sowjets seien unsere Sicherheitspartner und wir hätten eine gemeinsame Sicherheit mit der Sowjetunion, der zeichnet das Bild einer Idylle die es nicht gibt, der leistet absichtlich einen schlechten Beitrag zu der notwendigen Verteidigungsbereitschaft in unserem Lande. Sicherheitspartner für die Wahrung und Verteidigung von Frieden und Freiheit unseres Landes sind unsere Bündnispartner, insbesondere die USA. Mit ihnen zusammen schaffen wir **gemeinsame Sicherheit** in der Allianz, die dann wiederum die Grundlage für Ost-West-Verhandlungen über **gegenseitige Sicherheit** mit dem Osten darstellt. Weder die Sowjetunion, noch die anderen Staaten des Warschauer Pakts können

deshalb als unsere Sicherheitspartner bezeichnet werden. Wohl aber sind sie Verhandlungspartner für mehr gegenseitige Sicherheit zwischen Ost und West.

Stärkung des europäischen Beitrages im Atlantischen Bündnis

Wer es mit dem europäisch-amerikanischen Verhältnis gut meint, wird sich dafür einsetzen, daß in Europa nicht das Gefühl einer Überabhängigkeit von den USA entsteht. Er wird aber zugleich den in Amerika vorhandenen Vorstellungen entgegenwirken, wonach Europa nicht bereit sei, seinen angemessenen Teil der Verantwortung für die Außen- und Sicherheitspolitik des Westens zu übernehmen. Für Westeuropa ist die militärische Präsenz der USA und ihr Nuklearschutz unverzichtbar und wäre in seiner Gesamtheit auch nicht durch ein eigenständiges europäisches Vorhaben zu ersetzen.

Die Weltmacht Sowjetunion mit ihrem Bedrohungspotential, kann nur durch die amerikanische Verteidigungsbereitschaft in Europa ausbalanciert werden. **Diese, für unsere Sicherheit notwendige Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten aber wird für Westeuropa, für uns alle, insbesondere auch für die nachwachsenden Generationen um so leichter auch in der Zukunft zu ertragen sein, je mehr Westeuropa in der Lage ist, durch eigene gemeinsame Anstrengungen überflüssige, d. h. ersetzbare Abhängigkeiten abzubauen und im Atlantischen Bündnis mehr Verantwortung zu übernehmen.**

Die Stärkung des europäischen Beitrages ist nicht nur auf den militärischen Bereich beschränkt zu sehen. Vielmehr geht es auch darum, Europa durch eine intensive politische, wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit stärker und damit selbstbewußter werden zu lassen, um die spezifisch europäischen Fähigkeiten richtig nutzen und Europas Interessen bei der Behandlung wichtiger internationaler Probleme ausreichend wahren zu können.

Bekämpfung des internationalen Terrorismus

Wie notwendig ein abgestimmtes, vor allem aber ein rechtzeitiges und wirkungsvolles Handeln ist, ist uns Europäern schmerzvoll in den vergangenen Wochen in dem Zusammenhang mit der Bekämpfung des internationalen Terrorismus deutlich vor Augen geführt worden. Nichts ist für die Verwirklichung des Gedankens von der europäischen Einheit störender, als wenn sich der Eindruck einer Ohnmacht Europas in wichtigen weltpolitischen Fragen festsetzen würde. Niemand kann es beweisen, aber ich frage mich: Wenn die westeuropäischen Staaten das, was sie am 14. April zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus beschlossen und mit offenen Worten angesprochen haben, wenn sie das schon im Januar ausgesprochen hätten, ob wir nicht doch einen anderen Einfluß auch auf die öffentliche Meinung in Amerika gehabt hätten — auf eine öffentliche Meinung, die sich dann so weiter entwickelt hat, daß sich daraus die entsprechenden militärischen Aktionen der amerikanischen Regierung entwickelt haben.

Wir müssen hier selbstkritisch sein und uns daran erinnern, daß es eben im Januar nach den Anschlägen von Rom und Wien europäische Staaten gegeben hat, die sich gegen Sondersitzungen der Außenminister gewandt haben. Das sei kein dringliches Problem, hieß es. Und es gab andere, die im Januar noch nicht bereit waren, bestimmte Staaten wie Libyen, die vor allen Dingen in den internationalen Terrorismus verwickelt sind, auch nur beim Namen zu nennen. **Wer Einfluß haben will auf die amerikanische Politik, der muß sich frühzeitig zu einer eigenen Politik entschließen. Anderenfalls werden wir die Zuschauer der amerikanischen Politik in Europa und Nahost.** Mir fehlt vor allen Dingen das Verständnis für diejenigen europäischen Staaten, die zu einer Politik des Nichtstuns geraten haben und die dann wiederum im April zu den härtesten Kritikern der Vereinigten Staaten gehörten. Sie sind im Grunde genommen, ob es ihnen paßt oder nicht, Mitglieder eines Fördervereins für die amerikanischen Maßnahmen vom April gewesen.

Ich glaube, wir sollten alle daraus lernen. **Wir sollten deswegen sehr ernsthaft überlegen, ob sich nicht in bestimmten Nord-Süd-Fragen, wo die NATO nicht zuständig ist, die interessierten europäischen Regierungen, insbesondere diejenigen, die auch die Hauptverantwortung zu tragen haben, rechtzeitig mit den amerikanischen Partnern zusammenfinden sollten, um in einem entsprechenden Gremium die Politik abzustimmen und möglichst dann auch eine gemeinsame Politik durchzuführen.** So, wie es auch in den letzten Monaten gelaufen ist, kann es jedenfalls auf der europäischen Seite nicht wieder laufen. Das dürfen wir nicht hinnehmen.

Doch damit die gemeinsame Politik erfolgreich ist, müssen drei Voraussetzungen mindestens erfüllt sein. Eine abgestimmte Lagebeurteilung bei gegenseitiger Achtung dabei möglicherweise entstehender Meinungsunterschiede. Gleiche Zielsetzungen sowie ein einander ergänzendes Handeln. Und insbesondere für die Lagebeurteilung müssen Europäer und Amerikaner ihre manchmal durchaus verständliche und unterschiedliche Sichtweise aufeinander abstimmen. Die Westeuropäer müssen verstärkt den globalen Aspekt des Ost-West-Verhältnisses berücksichtigen. Die USA müssen deutlicher seine europäische Komponente erkennen und nutzen.

Tschernobyl und die Überprüfungsprobleme bei der militärischen Abrüstung

Sie wissen, daß in Genf seit einer Woche wieder verhandelt wird über drastische Abrüstungsschritte bei den strategischen Systemen, bei den Mittelstreckensystemen sowie über die Defensivsysteme. Hier ist die Sowjetunion jetzt gefordert, eine Antwort auf den westlichen Abrüstungsvorschlag für die weltweite Beseitigung aller Mittelstreckensysteme bis Ende 1989 zu geben. Denn noch in der zurückliegenden Verhandlungsrunde hatte sie sich geweigert, diesen konstruktiven westlichen Vorschlag zu diskutieren, ein Vorschlag, der übrigens in intensiven Konsultationen und in großer Übereinstimmung im Bündnis erarbeitet worden ist. Wenn die Sowjetunion tatsächlich an einer unverzüglichen

Vereinbarung für drastische Abrüstungsschritte bei den Mittelstreckenraketen interessiert ist, dann muß sie in der Konsequenz des Gorbatschow-Vorschlags vom 15. Januar das von ihr aufgebaute Hindernis einer Einbeziehung einer sogenannten Drittstaaten-Potentiale vollständig aus dem Weg räumen.

Nur eines müssen wir den Sowjets sagen: es reicht nicht, revolutionäre Abrüstungsvorschläge zu machen. Und das ist ja ein revolutionärer Vorschlag, in den nächsten 15 Jahren alle Atomwaffen zu beseitigen, nachdem wir in den letzten 40 Jahre haben erleben müssen, daß die Entwicklung überwiegend in die umgekehrte Richtung gelaufen ist, jedenfalls so etwas sich überhaupt gar nicht abgezeichnet hat. **Revolutionäre Abrüstungsvorschläge machen nur dann einen Sinn, wenn sie auch durch eine revolutionäre Abkehr von der bisherigen Politik begleitet werden.** Und hier mangelt es bisher an den sowjetischen Vorschlägen. Wir müssen das immer wieder in einen Zusammenhang bringen, wenn wir nicht in dieser Auseinandersetzung um die öffentliche Meinung in die Defensive gebracht werden sollen.

Und die Ereignisse in den letzten 14 Tagen, und ich meine die Auswirkungen von Tschernobyl, wirken sich auch voll aus in diesem Bereich, in einem Umfang, wie es heute noch gar nicht voll abschätzbar ist. Von der vom sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow geforderten neuen Sicht der Dinge ist bisher wenig zu spüren. **Die Geheimniskrämerei, mit der die Sowjetunion tagelang die atomare Gefährdung der Menschheit umgab, die von ihrem Kernkraftwerk von Tschernobyl ausging, läßt befürchten, daß sich in der Frage der Transparenz, der Vertrauensbildung und auch der Verifikation noch ein sehr großer Abstand zwischen den sowjetischen öffentlichen Ankündigungen und der tatsächlichen Bereitschaft zur Realisierung dieser Ankündigungen am Verhandlungstisch besteht.** Das tragische Unglück von Tschernobyl jedenfalls gibt zu Betrachtungen über **Verifikationsprobleme auch im Bereich der militärischen Abrüstung erheblichen Anlaß.** Das Verifikationsproblem von Tschernobyl war ein Problem der Millionen vom Fallout direkt betroffenen Menschen — und nicht nur einiger Delegationen an den Abrüstungsverhandlungstischen.

Die sowjetische Informationspolitik wirft Fragen auf für die Verifikation von komplizierten Abrüstungsabkommen, sie wirft Fragen auf für das auf dem Genfer Gipfel verabredete Zentrum zur Verhinderung eines durch technischen Zufall ausgelösten Atomkrieges. Ja, es kommt Unbehagen auf selbst hinsichtlich der Funktionsfähigkeit des sogenannten heißen Drahtes zwischen Moskau und Washington. Moskau begründete dieser Tage, zwei Wochen nach der Katastrophe, sein Schweigen mit unzulänglichen Informationen in der Moskauer Zentrale selbst. Das kann aber, wenn überhaupt, lediglich bis zur außerordentlichen Politbürositzung am Montag, dem 28. April, zwei Tage nach dem Unglück von Tschernobyl, gegolten haben, nach der dann auch die Evakuierungen im großen Stil begannen. Noch an diesem Tage aber dementierte der Kreml das Vorhandensein der Radioaktivität, die inzwischen Schweden erreicht hatte. Ich meine, das ist ein sehr bedenklicher Vorgang zu einem Zeitpunkt, wo schon die Moskauer Zentrale, nämlich das Politbüro, auf einer

außerordentlichen Sitzung sich der Schwergewichtigkeit dieses Vorganges bewußt sein mußte.

Gorbatschow und der Kreml haben die übrigen Mitbewohner des von ihm so gerne postulierten „gemeinsamen Hauses Europa“ im Stich gelassen. Zahlen und Daten, um die Gefährdung der Nachbarstaaten ermessen zu können, gab es für die Öffentlichkeit nicht. **Wer — wie der sowjetische Generalsekretär — zwei Wochen lang zu einer internationalen Katastrophe auf nationalem Grund und Boden schweigt, der beschwört Zweifel an der Durchsetzungskraft des neuen Kurses herauf.**

Ich habe dieses Thema auf dieser Konferenz angesprochen, weil wir es mit Sicherheit nicht isolieren können von der gesamten Ost-West-Diskussion und von den Chancen für Abrüstungsabkommen. **Denn — können Sie sich vorstellen, daß wir mit der Sowjetunion ein Abkommen über die weltweite Vernichtung von chemischen Waffen schließen können oder zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ein Abkommen geschlossen wird, wonach 50 Prozent der Interkontinental-Raketen verschrottet werden sollen, und man könnte dieses nicht lückenlos kontrollieren?** Ich kann mir das nicht vorstellen. Aber ich frage mich, wie wird es möglich sein, bei den Sowjets Inspektionen vor Ort zu erreichen, wenn wir noch nicht einmal die zivilen sowjetischen Kernkraftwerke inspizieren und uns davon überzeugen können, daß der Sicherheitsstandard, auf den wir uns international einigen müssen, auch wirklich eingehalten wird. Das ist also eine ganz wichtige Probe.

Erfolge der europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit

Lassen Sie mich am Ende noch etwas zur europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit sagen. Es wird ja viel kritisiert. Und Kritik richtet sich an Europa, Kritik richtet sich an die Vereinigten Staaten, das noch häufiger. Aber ich meine, daß neben den Defiziten, die es gibt, wir auch allen Anlaß haben, auf Erfolge der europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit hinzuweisen. Gerade auch im Bereich der Rüstungskontrolle. **Ich nehme ein Beispiel aus den jüngsten Tagen: die Vereinbarungen im Bereich der Chemiewaffen. Hier hat es einen, wie ich finde, großen Verhandlungserfolg der Bundesregierung gegeben.** Die Menschen bei uns waren seit längerem verunsichert über die alten Chemiewaffenbestände, die es hier gibt. Und es ist ein hervorragendes Ergebnis, daß jetzt endlich mit einem festen Datum der Abzug dieser chemischen Waffen möglich ist — im Zusammenhang mit einer Modernierungsentscheidung durch die amerikanische Regierung und den amerikanischen Kongreß. **Und es ist auch wichtig, daß zwischen den Europäern und den Amerikanern vereinbart ist, daß auch in einem Krisenfall hier Verbringungen nach Europa nur mit Zustimmung der entsprechenden Regierungen erfolgen können.**

Ich meine, das ist eine zeitgemäße, eine moderne Regelung, die den achtziger und neunziger Jahren entspricht. Die Regierung Kohl hat das durchgesetzt. Und sie hat auch deutlich gemacht, daß wir Deutschen zwar bereit sind, vieles an Verteidigungslast zu tragen — wir tragen ja für manche unserer Nachbarn mit,

was etwa die nukleare Bewaffnung in Friedenszeiten angeht. Aber es ist wichtig, daß hier deutlich gemacht worden ist, daß diese Einzelrolle, diese Sonderrolle der Bundesrepublik Deutschland, was Chemiewaffen angeht, nicht auf alle Zeit hingenommen werden kann. Auch dieses ist in den Verhandlungen erreicht worden.

Wir sollten deshalb unseren Mitbürgern klarmachen, daß es kein Zufall ist, daß dies nicht eine Regierung Schmidt oder Brandt erreicht hat, sondern ein Bundeskanzler Kohl. **Das ist der Erfolg der Kooperationspolitik mit den Vereinigten Staaten, für die wir gelegentlich geprügelt werden als „amerikahörig“.** Aber nur so in der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten lassen sich deutsche, lassen sich westeuropäische Interessen durchsetzen.

Dasselbe gilt für die Rüstungskontrollpolitik. In den letzten vier Jahren dieser Regierung Helmut Kohl gibt es keinen einzigen deutschen Vorschlag, der nicht von der amerikanischen Administration aufgegriffen und am Verhandlungstisch umgesetzt worden ist.

Ich meine, wir haben alles Interesse, die Fragen der Sicherheit und der Außenpolitik stärker in den Vordergrund zu rücken. Wir können nicht zulassen, daß der Herr Rau sich bis zum Wahltermin darüber hinweglächelt. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Sozialdemokraten, so wie sie wirklich geschaffen sind, weder regierungsfähig noch bündnisfähig sind. Und wenn es ein Land gibt, das es sich nicht leisten kann, eine Regierung zu haben, die nicht bündnisfähig ist, dann ist es die Bundesrepublik Deutschland. Und deswegen sollten wir alle miteinander alles tun, um eine solche Situation zu vermeiden.